

Familie nicht möglich war; 6000 Kinder mußten den Eltern weggenommen werden, weil sie durch weiteres Zusammenleben mit diesen körperlich oder seelisch schwer geschädigt worden wären; 38000 Kinder mußten in die Krüppelversorge gehen, 9000 Kinder erhielten mit der Geburt schon den Keim vererbter Krankheit, körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit; 4000 Kinder wurden straffällig und unter Jugendschutz gestellt.

Immer niedriger werden die Hungerlöhne der noch Arbeitenden heruntergeschlichtet. Immer mehr die Unterstützungssätze der Arbeitslosen gesenkt. Immer kürzer die Unterstützungsdauer. Aber das Kapital sorgt für seine Bluthunde.

Die französische illustrierte Zeitung „Vu“ machte kürzlich Aufstellungen darüber, was in Deutschland an Offizierspensionen gezahlt wird.

Die jährlich an Offiziere gezahlte Gesamtsumme beträgt nach der Zeitschrift „Vu“ 213 Millionen Mark; davon entfallen 140 Millionen Mark auf die früheren kaiserlichen Offiziere. 1856 Generale erhalten allein 23.095 Millionen Mark jährlich. Ein Kriegsminister des alten Heeres — sie waren immer Generale — bezieht 24.900 Mark Pension im Jahr. Das Blatt bemerkt höhnisch, daß jeder dieser Pensionäre sich eifrig bemüht, seiner „Milchkuh“, der Republik, ständig seine Feindschaft und Verachtung kundzutun.

Auch die ehemals regierenden Fürstendhäuser werden erwähnt. Der bayerische Rupprecht erhält als ehemaliger Marschall 26.000 Mark im Jahr. Der Exkronprinz als Kavalleriegeneral 24.000 Mark. Der Stahlhelm-Eitel-Friedrich, der mit 28 Jahren zum Divisionsgeneral gemacht wurde, 10.074 Mark, Prinz Oskar, der im Kriege am Hintern verwundet wurde, als er vom Gaul fiel, 7554 Mark jährlich, die hohen Abfindungen nicht mitgerechnet.

Die Pensionäre der Reichswehr, so behauptet das französische Blatt, beanspruchen, obwohl die Reichswehr erst zwölf Jahre besteht, bereits eine Gesamtsumme von 73 Millionen Mark, also mehr als die Hälfte der an die kaiserlichen Offiziere gezahlten Pensionen. In der Reichswehr gebe es so viele Generale, stellt das Blatt fest, daß man von einem wahren Kotillon sprechen könnte.

Und nun die Besoldung der Offiziere der Reichswehr im Vergleich mit französischen Offizieren gleichen Ranges. In Franken ungerechnet (eine Mark gleich 6,6 Franken) erhält:

Ein Korpskommandant in Frankreich 99996 Franken, in Deutschland 149076 Franken; ein Divisionsgeneral in Frankreich 90000 Franken, in Deutschland 115140 Franken; ein Brigadegeneral in Frankreich 60510 Franken, in Deutschland 96960 Franken; ein Oberst in Frankreich 50017 Franken, in Deutschland 76356 Franken; ein Oberleutnant in Frankreich 41515 Franken, in Deutschland 58782 Franken; Stabsoffiziere in Frankreich 27.230 bis 37.417 Franken, in Deutschland 46.642 bis 50.904 Franken; ein Hauptmann in Frankreich 22.022 bis 27.230 Franken, in Deutschland 29.088 bis 41.814 Franken; ein Leutnant oder Unterleutnant in Frankreich 13.710 bis 22.021 Franken, in Deutschland 14.544 bis 25.452 Franken.

Es wird nebenbei bemerkt, daß in den Zahlen für Deutschland die verschiedenen Prämien sowie das Abkergeld, das die Offiziere erhalten, wenn sie die Reichswehr verlassen, nicht enthalten sind. Dagegen wird gesagt, daß trotz aller Finanzschwierigkeiten Deutschland nicht im entferntesten irgendwelche Abstriche an diesem erschreckenden Budget gemacht habe.

Neben der Gewalt der Waffen ist die Verkleisterung der Gehirne die stärkste Stütze des zusammenbrechenden Kapitalismus. So ist es kein Wunder, wenn man fest, daß das Einkommen des Erzbischofs Schulte in Köln 194.000 Reichsmark beträgt. Selbiger hat an die Gläubigen einen Hirtenbrief gerichtet, in dem er sie zur größten Sparsamkeit auffordert.

Am 10. August überreichte eine staatlich eingesetzte Kommission, die „Wickersham-Kommission zur Untersuchung der Justizhandhabung in den USA.“, dem Präsidenten der Staaten eine Denkschrift, deren Inhalt unter dem Titel „Ungezählichekeiten in der Gesetzpflege“ soeben die Runde durch die Welt macht und weiterleitet, überwies die beiden arbeitslos gewordenen Elektriker am 6. Dezember die Angelegenheit dem zuständigen Dortmund-Bergvertriebsamt. Sie warteten ein halbes Jahr vergeblich auf Antwort, monierten den Fall und erhielten am 30. Juni 1931 die Nachricht, daß die Vergehen des Elektroteigers wegen Verjährung nicht mehr zur strafrechtlichen Verfolgung gebracht werden könnten.

Man könnte Tausende derartiger Notizen bringen, die alle eine Tatsache beleuchten: den drohenden Untergang in die Barbarei!

nach abwärts — Bespritzen mit Tränengas — Anketten am Fußboden und Einführung von Wasser in den After.

Außer dieser Liste bringt der Schreckensbericht noch die Aufzählung einer Anzahl besonders krasser Fälle. Verhöre, bei denen sich die Beamten abwechseln, werden oft drei Tage lang ununterbrochen (!) fortgeführt, bis der Angeklagte zusammenbricht. Leute, die gesund in Polizeigefängnisse eingeliefert werden, verlassen sie als körperlich und seelisch gebrochene Menschen schon nach kürzester „Behandlung“. Einmal wurde ein Gefangener zur Erpressung von Aussagen in eine völlig mit Moskitos gefüllte Zelle gesperrt. Einem des Gattenmordes angeklagten Manne hängte man den Kopf seiner getöteten Frau in die Zelle. Ein Nezerjunge in Arkansas wurde eine Woche lang ununterbrochen geprügelt, bis er einen Mord eingestand, den er nie begangen hatte. Gerade der farbigen Bevölkerung gegenüber konnte man eine besonders grausame Anwendung des „3. Grades“ feststellen.

So sieht es in den amerikanischen Strafanstalten aus. In Deutschland ist man halt „demokratischer“. Man „loltet“ nicht die Opfer der kapitalistischen Unterordnung. Aber im Jahre 1930 haben

12056 Menschen in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen sich selbst getötet.

Diese ungeheuerliche Tatsache wird verständlich, wenn man hört, daß die „Evangelische Schrittmission in den Strafanstalten“ im Jahre 1930 nach dem Bericht 36.000 christliche Wochen- und Monatszeitschriften und außerdem viele christliche Bücher verteilte.

Deutschland ist ja die „freieste Republik“ der Welt. Es hat eine wunderbare Verfassung. Herrliche Gesetze, Gewerbe-Aemter und Bergpolizei-Ordnungen. Wenn trotzdem die Zahl der Betriebs-Unfälle grauenhaft wächst, wenn Bergwerks-Katastrophen nichts besonderes mehr sind, so ist daran nicht die menschliche Gesellschaft und ihre Unordnung schuld, sondern „schlagende Wetter“ oder sonstige böse Naturmächte. Regierungvertreter und die Stellvertreter Gottes erzählen dieses in schönen Predigten an den Massen-Gräbern der ermordeten Kumpels. So wiederholt diese Heuchelei ist, so unmöglich ist es, diese Verlogenheit aufrecht zu erhalten. Nicht einmal den bürgerlichen Zeitungen ist dieses möglich.

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ bringt am 5. August 1931 folgende Notiz:

**„Ist das auch Grubensicherheit?“**  
Untertage-Reparaturen mit offener Lötlampe

Noch ist uns die von den Bergarbeiter-Verbänden ausgezogene Kitzler-Ausstellung „Grubensicherheit“ nicht aus dem Gedächtnis entrickt — noch erinnern wir uns gut an den unverständlichen und nur schlecht-verhaltenen Boykott dieser Ausstellung von seiten der Unternehmer in Arbeit Nordwest, und schon beweist uns ein neuer Fall aus eindringlichste, mit welcher Nachlässigkeit eben diese Grubensicherheit von den Kohlenbaronen in der Praxis gehandhabt wird. —

Auf der Zeche Kaiserstuhl I in Dortmund veranlaßt der Elektroteiger Schmidt seine Monteure, mit der Lötlampe Reparaturen in der Grube vorzunehmen. Am 17. Januar vergangenes Jahres bestellte er den Elektriker Schön zu einer Uberschicht und behalt ihn, den Motor am dritten Stapel der sechsten Sohle zu löten. Am 29. Januar mußte Schön am Motor der Wasserpumpe auf Sohle 5 die gleiche Arbeit verrichten. Am 18. März wurden von den Elektrikern Schön und Mampel auf der sechsten Sohle abermals Lösungen vorgenommen. In der Woche vom 12. bis 17. Mai kam wieder der Pumpenmotor auf der fünften Sohle dran. Der Elektroteiger besorgte für die Spulenwicklung und Lötung selbst den Draht. Am 20. Mai mußte Schön auf der gleichen Sohle den Motor mit der Lötlampe reparieren. Am 24. Mai wiederholten die Elektriker Middel und Köbbert mit der Lötlampe die Reparaturen. Alle diese groben Vergehen gegen die bergpolizeilichen Vorschriften fielen entweder in die starkbesetzte Morgen- oder Mittagschicht. Anfang Juni brachten zwei Elektriker die Arbeitsanweisungen des Elektroteigers zur Kenntnis der Zechenverwaltung. Der Erfolg: sie wurden gekündigt und entlassen. Da die Zechenverwaltung nichts gegen Schmidt unternahm, und nicht einmal die Anzeige an das Bergamt, weiterleitete, überwies die beiden arbeitslos gewordenen Elektriker am 6. Dezember die Angelegenheit dem zuständigen Dortmund-Bergvertriebsamt. Sie warteten ein halbes Jahr vergeblich auf Antwort, monierten den Fall und erhielten am 30. Juni 1931 die Nachricht, daß die Vergehen des Elektroteigers wegen Verjährung nicht mehr zur strafrechtlichen Verfolgung gebracht werden könnten.

Man könnte Tausende derartiger Notizen bringen, die alle eine Tatsache beleuchten: den drohenden Untergang in die Barbarei!

**Untergang in die Barbarei!**  
Proletariat! — Noch ist es Zeit, den anderen Ausweg einzuschlagen, den

**Aufstieg zum Sozialismus!**

Wenn ihr Schulter an Schulter mit uns Spartakusgenossen für die Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften kämpft und mit uns die proletarische Revolution organisiert.

Klassengenosse! — Organisiere dich heute noch in revolutionären Betriebs- und Stempelam-Organisationen zur Verwirklichung des einzig realisierbaren Zieles:

**Alle Macht den Räten!**

**Zum Schutze der Republik**

Es waren die Tage des Kriegervereinsfestes in Harzburg. Da schrieb der „Vorwärts“: Heute oder morgen wird Herr Brüning mit diesen Harzburger Reaktionen abrechnen. Nun — die Abrechnung erfolgt so, wie jeder vernünftige Mensch sie nicht anders sich denken konnte. Ueber so eine kleine Abrechnung lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“:

Berlin, 29. Oktober. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat in der letzten Zeit zweimal den Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, den General von Schleicher, besucht. Die Besuche erfolgten vor acht Tagen und vor vier Wochen. Es hat erst einiger Hinweise in der Presse und einiger, wie vom Reichswehrministerium betont wird, falscher Berichte hierüber bedurft, bis man zu einer offiziellen Bekanngabe der zwei Besprechungen sich entschlossen hat. Das Reichswehrministerium teilt heute zu der Angelegenheit folgendes mit:

General von Schleicher hat mit Adolf Hitler dienstliche Gespräche mit Wissen der Reichsstellen geführt. Das Ergebnis ist diesen Stellen mitgeteilt worden, ebenso auch dem preußischen Innenminister Severing. Es handelte sich bei den Aussprachen um die Fragen, ob die Nationalsozialisten seit dem Prozeß gegen die Ulizer Offiziere Versuche zur politischen Beeinflussung der Reichswehr gemacht haben. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Leitung der Nationalsozialistischen Partei grundsätzlich eine derartige Zersetzungs-tätigkeit ablehnt. Adolf Hitler betonte, daß keine Zersetzungs-fälle vorgekommen seien und daß er niemanden in der Partei und ihren Organisationen dulden würde, der sich illegal betätige. Alle Angaben über politische Momente, die zwischen dem General und dem Parteiführer zur Sprache gekommen seien, sind aus der Luft gegriffen.

Das Reichswehrministerium weist, ähnlich wie es dies anlässlich eines Besuches des Hauptmanns a. D. Roehm bei General von Schleicher im Frühjahr d. J. getan hat, darauf hin, daß der General kraft seines Amtes verpflichtet sei, jeden zu empfangen, der ihn in Fragen, die zu seiner Zuständigkeit gehören, sprechen wolle. Solche Zusammenkünfte würden selbstverständlich nur nach Billigung durch den Minister zustande kommen.

Selbstredend werden derartige Besprechungen stets die „Billigung der Minister“ finden — ganz gleich, ob es ein Noske, ein Severing oder ein Gröner ist. Es geschieht ja, um die Demokratie vor dem Faschismus zu bewahren, um die Republik und ihre Verfassung (in der „die Staatsgewalt vom Volke ausgeht“) zu schützen, und schließlich um — nach den Worten eines Prominenten — „der nationalen Ehre des Vaterlandes würdig zu sein“.

**Gelesene Nummern des Spartakus**  
wegwerfen, heißt dem Klassenbruder wertvolles Erkenntnismaterial unterschlagen!

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche  
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Hier abtrennen

**Bestellzettel**  
An das  
Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

**SPARTAKUS**  
zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1929  
Verlagsort: Rahnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931  
Bezugsgeld ist von mir zu erheben.

Name \_\_\_\_\_ Ort u. Zustellungsposiament \_\_\_\_\_  
Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_

Nr. 24 \* 6. Jahrgang  
11. Jahrgang der „Einheitsfront“

# SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES  
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rahnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rahnitz-Hellerau, Heindrichstr. 3

Zweite Dezember-Nr. 1931  
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

## Das Mordprogramm der Nazis

Die Zunahme der Stimmen bei den parlamentarischen Wahlen für die Hitlerpartei wollten kein Ende nehmen. Hier wurde schon nicht mehr nüchtern erwogen, sondern alle Rückgratlosen waren in einen Taumel versetzt. Die Verhandlungen Hitlers mit Hindenburg, Gröner und Schleicher, das Erwähnen, die Hitlerpartei zur Regierungspartei zu machen, hat dem faschistischen Geist — besser gesagt: der Geisteslosigkeit von Tag zu Tag mehr Vorschub geleistet.

Alle fanatischen Anhänger des Privateigentums, die den Untergang ihrer Weltordnung vor Augen sehen, die die Vergangenheit lieben und die Zukunft hassen, sie haben ihre letzte Hoffnung auf „Adolf, den Retter“ gesetzt. Sie verstehen zwar nichts vom Marxismus, ihr Horizont, ihre Religion ist nur auf Profit eingestellt, und nur darum konnte es einer Bewegung wie der Hitlerpartei möglich sein, die Massen des Bürgertums zu erfassen. Die Hitlerpartei war in den letzten Jahren das Sammelbecken für alle Hoffnungslosen, für alle Verzweifelten, für alle Anhänger der Profitordnung. Sie haben nicht gefragt, ob Hitler legal oder illegal zur Macht kam oder kommen wollte. Für sie war eben nur eine Aenderung des heutigen politischen Systems wichtig.

Das Morddokument der hessischen Nazis kam ihnen daher sehr überraschend. Nicht weil an Stelle des Paradeschreies die Worte: Erschießen, Erschießen, Erschießen standen, sondern weil der Inhalt des Dokuments die Aufhebung des Privateigentums forderte. Die Versammlungsphrasen des „Deutschland erwache“ der Kampf gegen die Notverordnungen, wurden durch das Dokument treffend widerlegt. Deutschland soll ein Zuchthaus werden.

Das Morddokument der hessischen Nazis kam ihnen daher sehr überraschend. Nicht weil an Stelle des Paradeschreies die Worte: Erschießen, Erschießen, Erschießen standen, sondern weil der Inhalt des Dokuments die Aufhebung des Privateigentums forderte. Die Versammlungsphrasen des „Deutschland erwache“ der Kampf gegen die Notverordnungen, wurden durch das Dokument treffend widerlegt. Deutschland soll ein Zuchthaus werden.

## Die „Wirtschaftsdemokratie“

ist beinahe vollendet. Die Lösungen, unter denen die Wirtschaftsdemokratie durchgeführt wird, heißen „Senkungen der Gesteuerungskosten“ und „Preisabbau“. Lohnabbau, Gehaltskürzungen, Entlegung von Feierschichten bei der Reichsbahn: Das sind die Kilometersteine, die das Proletariat im Begriff ist, auf dem Wege zur „Wirtschaftsdemokratie“ zu passieren.

Die altbewährte Taktik der Gewerkschaften, ihre im System begründete Ohnmacht als Stärke hin zu stellen, wirkt wunderbar. Die Frankfurter Industrie- und Handelskammer glaubt, die Preise sind schon auf ein Niveau heruntergegangen, daß es nicht tiefer geht. Dagegen seien Lohn- und Gehaltsenkungen erst im Anfangsstadium. Die SPD, arbeiterfreundlich, wie immer, verkündet triumphierend: Die Grützwurst ist um 5 Pfennige im Preise zurückgegangen, und die Wurstsuppe wollten die Schlichter nach reiflicher Ueberlegung und Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen umsonst abgeben. Das sozialdemokratische Blatt schließt daran die Bemerkung: Die Arbeiterschaft wäre diesen „einsichtigen“ Fleischern zu besonderen Dank verpflichtet.

Im übrigen brüder sie ihre Mitglieder auf in dieser schweren Zeit ihre Gewerkschaft zu stärken und die Beiträge pünktlich zu zahlen.

Nachdem also die Grützwurst billiger geworden ist, lautet die Parole der SPD: „Wirtschaftsriede.“ Schiedsgerichte, Schlichtungsverfahren haben Hochbetrieb —

Ein Zuchthaus? Es ist bereits ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse. Zermürbt, vor innerer Ohnmacht in sich selbst zerfressen, hat das Proletariat nur noch das „Recht“, von Zeit zu Zeit mit dem Stimmzettel wählen zu dürfen. Andere Rechte hat es nicht mehr. Und immer noch nicht kann aus seiner Schinderei klingende Münze gemacht werden. Noch tiefer muß die Arbeiterklasse in die Barbarei geschleudert werden, wenn der Profit der Ausbeuter wertbeständig bleiben soll.

Das Dokument der hessischen Nazis ist keine Utopie. Es ist der Kurs, den das Bürgertum in Kürze gehen wird. Es gibt nur noch ein rechts oder links, einen Kommunismus oder Nationalsozialismus. Das Kleinbürgertum soll durch Dekrete zunichte gemacht werden. Nicht darauf beziehen sich die Dekrete, die Großfinanz zu expropriieren, heilige nicht, denn Adolf Hitler dankt gar nicht daran, die Fürsten der Industrie und Banken abzusetzen.

Endlich haben wir an Stelle der undefinierbaren Naziprogramme ein Programm, das Ausdruck des „dritten Reiches“ ist. Es wäre lächerlich, dieses Dokument als ein Fälscherstück abzulügen. Bolschewismus schreit der sozialdemokratische Vorwärts. Unsin! Demagogie! Betrug! Nicht Bolschewismus, sondern ein Teil des Noskekurses von 1918/19, ein Teil des Kapp-Putsches, militaristischer Geist, Lebensmittelskartensystem des Krieges, das ist der Inhalt des Wirtschaftsprogramms. Ludendorff-Noske-Hindenburg-Programm der Jahre 1918—1923 in verbesserter Auflage stellt dieses Dokument dar!

Die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Ausbeuterwelt kommt hierin treffend zum Ausdruck. Die Börsen-

ob Ueberstunden auch von den Unparteiischen gemacht werden, ist nicht bekannt geworden. Daß die altbewährten Führer Ueberstunden für die Arbeiterschaft machen, läßt sich wohl durch die Geschichte nicht beweisen, es ist aber heilsam daran zu glauben. Die Hanswurstage: Wirtschaftsdemokratie, wird ergänzt durch die ewige Pleite

der Gewerkschaftsroberer.

Jahrelang haben diese „Marxisten“ der Arbeiterschaft weitzumachen versucht, daß nicht das bürgerliche System der Gewerkschaften, sondern die schlechten Führer an den Niederlagen der Arbeiterklasse schuld seien. Scheinbar haben die Gewerkschaftsführer die Schächeln rausgeschmissen, die für ihre Führer die Posten erobern sollten.

Nachdem die „Erberung“ über ein Jahrzehnt die geistlich-revolutionären Kräfte des Proletariats lahmgelegt hat, scheinen die Schächeln nicht mehr auf den Eroberungsstein der KPD zu folgen. Die Industrieverbände sind jetzt das KP-distische Allheilmittel.

Arbeiter, die denken, werden einsehen müssen, daß die von der KP, aufgelegten RGO, gerade so zer schlagen werden müssen, wie die sogenannten freien Gewerkschaften. Die beiden Gewerkschaften unterscheiden sich dem Wesen nach nicht von einander.

Arbeiter, wie lange wollt ihr euch noch verlohnen und irrelten lassen?

Nachdem also die Grützwurst billiger geworden ist, lautet die Parole der SPD: „Wirtschaftsriede.“ Schiedsgerichte, Schlichtungsverfahren haben Hochbetrieb —

sind schon lange geschlossen. Die kapitalistische Wirtschaft arbeitet auf Abbruch, da hilft eben nur noch ein drakonisches Regime. Es ist kapitalistische Diktatur, was aus dem Dekret spricht.

Mit Kommunismus, mit der Diktatur des Proletariats hat das Dokument nicht das Geringste zu tun. Nicht ein Sterbenswörtchen von der Aneignung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter, nicht ein Wort von der Herrschaft der Arbeiterklasse. Hier spricht echter Landsknechtsgeist; es ist der Geist der Baltikumer, der Schutzwehren in Oberschlesien — es ist ein Aneignen der noch vorhandenen Waren in die Hände einer schmarotzenden, einer durchs Land ziehenden Mordbande.

Hochverrat schreit die gesamte demokratische und sozialdemokratische Presse. Und was tut der Herr Oberreichsanwalt Werner? Er dachte gar nicht daran, die von der sozialdemokratischen Republik liebevoll gehätschelten Nazibanditen des Hochverrats anzuklagen. Es war ja nur ein Dokument, was nach der Niederschlagung der Kommune in Kraft treten sollte. Uebergangsbestimmungen!? So kann eben nur ein Klassenrichter der deutschen Republik denken.

Sollte der Kommunismus in Deutschland zur Macht kommen und er würde von den Nazis gestürzt, dann braucht kein Privateigentum mehr aufgehoben werden, da ja die Diktatur des Proletariats die Aufhebung des Privateigentums bedeutet. Wie weit der teutonische Ungeist der Hitler und Göbbels in allen Aemtern der Republik eingezogen ist, zeigt die Handhabung der Untersuchung. Die Voruntersuchung liegt in den Händen des Herrn Reichsgerichtsrat Jorns. Er ist der klassenbewußten Arbeiterschaft kein Unbekannter. Er hat in den Monaten der Novemberrevolution die Untersuchung gegen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt. Wir wollen schweigen. Das Berliner Schöffengericht (das wohl nicht in dem Verdacht steht, mit den Kommunisten zu liebäugeln) stellte fest, daß er (Jorns) bei der Untersuchung des Mordes an Rosa Luxemburg „Spuren, die zur Aufklärung dienen konnten, nicht aufgenommen hat, Spuren, deren Richtigkeit er erkannte, nicht verfolgte; Spuren verwickelte, indem er das Gegenteil des Ermittelten ins Protokoll aufnahm. Zustände duldete, die, wie ihm bekannt war, geeignet waren, den Sachverhalt zu verdunkeln und das Ergebnis der Untersuchung zu gefährden.“

Hochverrat schreiben die Tintenkulis der Noskepartei. Infames Gesindel! Was ist die Hitlerpartei? Es ist die Schutzgarde des Kapitals. Sie sind aus den Freikorps entstanden. Noske hat sie ins Leben gerufen. Und sie arbeiten genau mit denselben Methoden wie 1918/19. Hochverrat? Lächerlich! Hochverrat gibt es nur für klassenbewußte Proleten. Herr Jorns führt die Untersuchung, wir wissen, was dabei herauskommt.

Hier hilft kein drumrumreden. Was die Schlichtungsmaschine nicht vollbrachte, das soll die Arbeitsdienstplicht, das soll das Lebensmittelskartensystem bringen. Nicht mit Gefängnis, nicht mit Zuchthaus, nein, das kleinste Vergehen wird mit dem Tode bestraft.

Die Zustände werden nicht geändert, wenn Herr Dr. Best auf einige Wochen ins Gefängnis wandert. Der Geist lebt weiter. Ihn auszurotten ist nur möglich, indem das Proletariat das System vernichtet, auf dessen Boden solche Auswüchse von Sumpfpflanzen besonders gute Nahrung haben.

## Programmlose „Idealisten“

Weil sie kein Programm haben, glauben sie „Idealisten“ zu sein. Unwissenheit scheint tatsächlich ein in Deutschland ausreichender Grund zu sein, um als großer politischer Führer zu gelten. Zum mindesten gilt das für die auf die Parole: „Wer macht uns frei?“ — Die Hitlerei! — eingeschworenen Befürworter einer

deutsch-chinesischen Mauer. Anders kann man es sich nicht erklären, wie all die Plathheiten, all der Gallimathias, die in den zahlreichen Versammlungen der Kgl. Hohenzollernschen Arbeiterpartei verurteilt, in ihren nicht minderen Zeitungen gedruckt werden. Nur aus der Abneigung dieser Leute gegen „Köpfe“, die ja unter ihrer Regierung in den Sand rollen sollen, ist es zu verstehen, wenn in der in Königsberg erscheinenden „Preußischen Zeitung“ jemand, der sich scheinbar schon geistig „geköpft“ hat, oder ohne Kopf geboren wurde, über: „Legalität oder Revolution“ ungerührt, dem Sinne nach mit etwa folgenden Worten ausschleimen darf: (Pr. Ztg. Nr. 239, 6. Nov. 31.) „Es gibt zwei Systeme der Revolution. Die eine, welche mit großem Blutvergießen die regierenden Personen auswechselt aber an dem System nichts ändert, und die andere, welche mit legalen Mitteln unter Vermeidung jeglichen Blutvergießens das Alte beseitigt und ein ganz neues einführt. Das eine ist die kommunistische Methode, welche nur eine Revolte sein kann; das andere ist die nationale Revolution.“

So durchsichtig und unlogisch diese Argumentation immer ist, sie wird von den Lesern dieser Presse geschluckt. Wie verhält sich nun das empirische und dialektische Geschichtsmaterial dazu? Erstmal, wo immer in der Geschichte es Revolutionen gegeben hat, hat es sich um Systeme gehandelt. Und stets sind mit dem alten System seine Repräsentanten gegangen worden.

Niemals ist die Revolution noch von einer hohen Obrigkeit erlaubt (legal) gewesen, immer ist der Geburtsakt einer neuen Zeitepoche unter großen Verlusten von Menschenblut vor sich gegangen. Und nun gar der Kampf um den Kommunismus. Wenn der Begriff Kommunismus etwas mehr sagt als: Banditentum, Mordhetze, Unmenschlichkeit usw., der weiß, daß der Kommunismus nie und nimmer auf eine Regierungsmehrheit hinauslaufen kann, sondern daß er an den Grundfesten der menschlichen Gesellschaft rüttelt, daß er das private Eigentum an den Produktionsmitteln aufhebt.

Wie kann man das: „Beibehaltung des Systems“ nennen? Und wie kann solch eine Umschichtung alles Bestehenden ohne Blutvergießen vor sich gehen?

Steht nicht vor dem privaten Eigentum der ganze riesige Staatsapparat mit seinen Machtmitteln: Schupo, Reichswehr, Justiz, Kirche, Schule, Zuchthaus, Bordell, Kneipe, Sportplatz, Partei, Gewerkschaft und der ganzen Presse mit ihrer ungeheuren ideologischen Verseuchung? Wird der Staat von all diesen Dingen gegenüber den Hungernden etwa keinen Gebrauch machen. Ist er nicht selbst höchstpotenzierte Gewalt? Wie soll das System geändert werden ohne gewaltsame Maßnahme?

Und noch eins: Wozu Gewalt anwenden, wenn doch nur die Personen auswechselt werden sollen? Will sich der Kapitalismus nur anderer Personen bedienen, das Proletariat niederzuhalten, so haben diese Personen natürlich kein Interesse daran, die Masse auf den Kampfplan zu rufen. Denn einmal gibt es ja zu diesem Zweck die legalen Mittel, zum

zweiten würde der einmal entfesselte Klassenkampf nicht bei einem Personenwechsel Halt machen können, da ja dadurch an der Tatsache des Hungers und der Ausbeutung noch nichts geändert wäre.

Wer also auf einen Personenwechsel hinzielt, muß schon notwendigerweise legal sein. Und hier sieht der Artikelschreiber in bezug auf die KP-Bonzokratie falsch oder er will falsch sehen, weil ja die „Halbten-Dieb“-Politik gegenüber der KPD eine augenblickliche, von der halblasschistischen Brüning-Regierung angeregte Psychose ist.

Man will den Kleinbürger auf den Kommunisten hetzen, in dem man dauernd schreit: „Kommunistischer Terror“, „Sprengstofflager beschlagnahmt“ usw. Der KP kommt diese Propaganda von der Gegenseite zu statten. Das Proletariat soll ruhig glauben, daß sie fieberhaft den Klassenkampf vorbereitet.

Wir wissen längst, daß die KP genau so wenig mit anderen als legalen Mitteln kämpfen wird als die NSDAP.

Denn der Leitartikler der „Preuß. Ztg.“ hat nur vergessen zu sagen, wie etwa das System geändert werden soll, ohne die Personen zu wechseln. Weshalb sagt er uns nicht, daß er meint, es müßte allerdings ein Personenwechsel stattfinden, doch die neuen Personen müßten das neue System dekretieren? Aber dazu bedürfte es dann wieder Gewalt. Denn die Besitzenden treten nicht freiwillig ab.

Will sich also das neue System durchsetzen, muß es Gewalt anwenden. Wo will es diese Gewalt hernehmen? Die bestehende Staatsgewalt ist ja ihr Feind und steht schützend vor dem Bestehenden. Wird sie auf ihre Anhänger zurückgreifen? Dann kommt es zum Kampf mit der alten Ordnung und die so verpönte Gewalt ist wieder einmal nötig geworden.

Offenbar hat sich die Theorie vom legalen Sturz bewalteter Macht in eine Sackgasse verlaufen. Doch hat in folgendem Satze scheint der Ausweg für den unglücklichen Artikelschreiber zu liegen: „Für uns Nationalsozialisten bedeutet eine Revolution eine geistige Umwertung aller Werte, die dann allerdings ihre Wirkung auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausstrahlt.“

Also sind wir glücklich auf dem Gebiete geistigen Umschwungs durch moralische Ueberredung angekommen. Die Schale überzeugen den Wolf von der Unmoral des Tötens und Fressens. — (Sinclair nannte diese Auffassung einmal: Einen moralischen Appell an einen Tiger richten.)

Oder sollte vielleicht der Spieß umgedreht werden, sollte nicht im Gegenteil der Wolf die Schale überzeugen, daß es moralisch sei, sich ohne Widerspruch fressen zu lassen? Der geistigen Verfassung der Nazis und auch der „Preuß. Ztg.“ liegt diese Auffassung näher.

Aus Anlaß der englischen Wahlen schrieb sie von der brutalen und rücksichtslosen englischen Herrenschicht, welche so oft mit Maschinengewehren und Massakres ihre angestammten Herrenrechte

verteidigt hätte, und forderte Worte der Bewunderung für diese durchaus nachahmenswerten Eigenschaften, die leider in Deutschland so selten geworden seien. Allerdings hätten die Wahlen in Deutschland gezeigt, daß man auch hier seine Vorrechte gegen die rebellierenden niederen Klassen werde zu wahren wissen.

Armer Prolet, der du durch deine Klassenzugehörigkeit und durch deinen Hunger zur Revolution getrieben wirst. Wer nicht Besessener ist, gehört zur „niederen Klasse“, da ja die tüchtigen sich hochgearbeitet haben. (Hitler in seinen Auseinandersetzungen mit Straßer) Außer „Maulhaken und Weiderräten“, andernfalls „Geldentmachung der Herrenrechte“ durch Maschinengewehre, hat der Nationalsozialismus blutwürgende Argumente. Und diejenigen, die er hat, sehen alle so aus, wie die oben erledigte Theorie von den zwei Arten von Revolution.

Da es auch Dutzende nationalsozialistische Programme gibt, da jeder, der sich bemüht fühlt, den Wirtschaftsstrategen zu spielen, dies heute am Besten unter Berufung auf seine nationalsozialistische Einstellung tun kann, gibt es ja keine festen Anhaltspunkte, da jeder sich auf ein Programm berufen kann, das ihm paßt oder das noch nicht ad absurdum geführt wurde.

Einer will die Juden raus, der andere nicht, der dritte nur die Ostjuden, der vierte alles verjudet. — Einer ist für Autarkie, der andere dagegen. Einer ist für Expropriation der Großbetriebe, der andere nennt das „Zerschlagung der Wirtschaft“.

Es ist ja auch nur zu logisch, daß der „Arbeiter der Stirn“ August Wilhelm mit dem vollgehauenen Arsch und der Naziwähler und Arbeitslose Paul Schulz unter Nationalsozialismus jeder etwas anderes verstehen, und daß sie heute nur deshalb organisatorisch zusammengeläbt werden können, weil ihre Theorie jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

„Eigentlich“, sagt der Naziführer Stühr in einer Versammlung, „haben wir überhaupt kein Programm, wir sind dazu zu sehr Idealisten. Hier liegt z. T. unsere Stärke begründet“. Niedlich, was? Aber, wie gesagt, es gibt auch Leute mit Programmen bei ihnen. Mehr als genug sogar. Eins davon aus der eigenen Parteiliteratur: „Der Weg aus der Krise“.

Das kapitalistische Denken besteht in der Annahme, daß für die Verbrauchsgüter dieses Lebens bezahlt werden muß. Wogegen der Kommunist diese Güter umsonst liefern will, aber dafür die Arbeitskraft des Einzelnen in der Gesellschaft beansprucht. — Während nun der Kapitalismus unter zu starker Belastung (Ausnutzung) des Einzelnen zu viel Verbrauchsgüter herstellt (westliche Krise), erzeugt der Kommunismus unter zu schwacher Ausnutzung des Einzelnen zu wenig Verbrauchsgüter (östliche [russische] Krise). —

Allein für diese Feststellung hat der Mann eigentlich einen Nobelpreis für Nationalökonomie verdient. Der tiefen Einsicht in Ursachen der Weltwirtschaftskrise entspricht denn auch der aufgezeigte Ausweg:

## Intellektuelle und wir

Wir, das Proletariat, die Massen wertschaffender, heute noch ausgebeuteter Menschen, wollen stets froh und stolz darauf hinweisen, daß vieles von dem Besten in unserem Betreibungskampfe uns von Menschenbrüdern gegeben ward, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nach Stellung und Geburt nicht zu unserer Klasse gehörten. Doch nicht von jenen, wie Fackeln leuchtenden Ausnahmen, soll hier gesprochen werden. Das Proletariat besteht nicht nur aus „Arbeitern“ im abstrakten Sinne. Eine Gruppe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die auch zum Proletariat gehört, ist ein großer Teil der Intellektuellen. Künstler aller Art, Maler, Schriftsteller, Schauspieler, Bildhauer, Architekten, Studenten, Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler. Aber nur ein verschwindend kleiner Teil dieser Intellektuellen bekennt sich bewußt zum Proletariat. — Wenn auch die Mehrheit der Intellektuellen vom voranschreitenden Kapitalismus proletarisert wird, so klammert der Intellektuelle sich meist immer noch an die altgewohnte bürgerliche Ideologie. — Und wenn man im größten Elend lebt, man strebt und wünscht nach bürgerlichen Ehren, Anerkennung, Reichtum. — Die wirtschaftliche Verelendung, Hunger, die Unsicherheit der Existenz, treibt ihn und wieder zu scheinbar revolutionären Ausbrüchen. — Man schildert die Not, zeigt das Elend, schreit auf in Hunger und Verzweiflung. — Aber all dies ist noch kein bewußtes Einswerden mit der Masse der Proleten. Man fühlt doch noch sich als Einzelner, Wertvoller, Besonderer. Man schreit, man rebelliert, weil man nicht sein bürgerliches Ideal verwirklichen kann.

Nicht genug können wir Proleten warnen vor diesen rebellierenden Intellektuellen mit ihren bürgerlichen, geheimen Wünschen und Zielen. — Uns häßelt viel zu viel noch an die bürgerliche Achtung vor besserer Schulung, dem Besseren, einem bürgerlichen Bildungsideal, eine Achtung vor Wissenschaft und künstlerischen Bestrebungen.

Hier liegt die große Gefahr, daß das Proletariat sich willig vor den Wagen der bürgerlichen Interessen rebellierender oder gar nur pseudo-revolutionären Intellektueller spannen läßt.

Wir wollen nicht verkennen, daß Intellektuelle in allen Zeiten unter den Besten der kämpfenden für eine bessere Zukunft der Menschheit waren; ja, daß stets Intellektuelle Schulter an Schulter mit dem revolutionären Proletariat gekämpft haben. — Aber es ist so schwer, den „Rebellierenden“ vom „Revolutionären“ zu unterscheiden.

Der Rebell ist im Grunde seines Wesens immer noch mit dem Bestehenden verbunden; nur weil äußere Umstände hindern daß „er“ Anerkennung findet, empört er sich gegen die Glücklichen.

Der Revolutionär aber hat gebrochen mit allem Bestehendem, ihm kann die heutige Gesellschaft nichts mehr sein. Der Revolutionär kämpft nicht aus Enttäuschung, Erbitterung, nicht weil er nicht anerkannt wird, nicht voran kommen kann. Der Revolutionär kämpft aus Ueberzeugung, daß das Alte, Bestehende, nichts mehr wert ist für die Menschheit, daß die menschliche Gesellschaft nur in neuen Formen voranschreiten kann und nur in der neuen Gesellschaft er selbst seine Erlösung, seine Erfüllung finden kann.

An ihren Früchten, Schaffen, Taten könnt Ihr sie erkennen, das könnte dem Proletariat als Richtlinie dienen in seiner Einstellung zu den Intellektuellen. — Aber leider haben wir Proleten heute noch keine klare Einstellung zu dem Schaffen der Intellektuellen; infolge der kapitalistischen Vorherrschaft in Schule und Bildungswesen können wir nicht vordringen zu den Werken der Kunst und Wissenschaft.

Mißtrauisch können wir nur prüfen, ob hier ein intellektueller revolutionär ist, oder nur rebelliert. — Eine

proletarische Kunst, proletarische Wissenschaft gibt es nicht, kann es nicht geben. — Proletarische Kunst, proletarische Wissenschaft, das wäre ein Teil von uns selbst und uns nicht fremd. — Revolutionäre Kunst und Wissen kann es nur sein, die sich bewußt heute einreißt in unseren aktiven Kampf, die uns Waffe ist! Alles andere Schaffen der Intellektuellen heute bleibt uns fremd und nur kritisch können wir Kenntnis davon nehmen.

Der rebellierende Intellektuelle wird meist in den Formen der bürgerlichen Gesellschaft schaffen; nur der Inhalt ist Rebellion.

Der revolutionäre Intellektuelle kann, genau wie wir klassenbewußten Proleten, nicht mit den überkommenen Formen der kapitalistischen Gesellschaft zurechtkommen. Wie wir diese ablehnen, wie wir Parlamentarismus, Gewerkschaften, Zentralismus ablehnen und neue proletarische, revolutionäre Kampf- und Organisationsformen schaffen, muß der revolutionäre Intellektuelle alle überkommenen Formen der bürgerlichen Kunst und Wissenschaft verwerfen und neue revolutionäre Formen schaffen. — Sein Schaffen muß Geist und Wesen von uns, dem Proletariat sein; wir müssen die Verbundenheit mit uns empfinden, nicht fremd darf uns sein Werk sein.

Allen andern stehen wir kritisch und mißtrauisch gegenüber. — Wir wollen keine neue Autoritäten, — Intellektuelle, die uns glauben machen wollen, weil wir sie und ihr Schaffen nicht verstehen, sie seien uns schon voraus in der revolutionären Entwicklung.

Denn die Entwicklung der Gesellschaft kann nur durch das Proletariat zur klassenlosen Gesellschaft führen und soll von diesem erkannt Ziel nicht abgewichen werden, dann darf uns, dem Proletariat, zu keiner Zeit und in keinem Stadium der Weg und seine Erscheinungsformen fremd und unverständlich sein.

„Verschmelzung der beiden Systeme und Ausgleich beider Mängel“ in einem gesunden nationalen und sozialen Staats — credo quia absurdum (ich glaube, weil es unsinnig ist). — Ja, mit Worten läßt sich's trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten, aber wenn der Mensch, wenn er nur Worte hört, dahinter kommen will, was sich dabei nur eigentlich denken läßt, wird er wohl vergeblich sich bemühen. Denn außer einer geistigen Bankrotterklärung des Nationalsozialismus enthalten diese Worte nichts.

Um doch wenigstens etwas zu haben, was von weiten nach einem Programm aussieht, ist man gezwungen, ausgerechnet die beiden Systeme, die man angeblich beide bis aufs Messer bekämpft, den Kapitalismus und den Kommunismus, zu verschmelzen.

Dazu gibt es (nach Herrn Feders Ausführungen) staatliche Schlichter nach sozialdemokratischem Muster. Ja, jetzt glauben wir es auch bald, daß sie uns herrlichen Zeiten entgegenführen, die geistigen Repräsentanten des Volkes der Richter und Henker, pardon, wollte sagen der Dichter und Denker.

## Arbeiter- und Bauernregierung - oder: Diktatur der Arbeiterklasse

Proletariat, die nicht kampflös verhungern oder in Barbarei untergehen wollen. Arbeitermassen, die angestrengt einen Ausweg vor der wachsenden Verelendung suchen. Die KPD. nennt ihnen einen Ziel, hämmert ihnen Tag für Tag eine Parole in die Köpfe: die „Arbeiter- und Bauernregierung“.

Zunächst eine Feststellung: „Arbeiter- und Bauernregierung“ ist etwas grundverschiedenes anderes als die „Diktatur des Proletariats“, dieses alte Ziel des revolutionären Proletariats. — Der Arbeiter, wenn er mit marxistischen Augen die Geschichte betrachtet, erkennt folgendes:

Nicht böse Menschen, schlechte Regierungen, Gesetz- oder Staatsverfassungen sind daran schuld, daß das Elend der Arbeiterklasse lawinenartig wächst, während Lebensgüter in gewaltigen Mengen vernichtet werden. Die Ursache hierfür ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, die Tatsache, daß Besitzer der Produktionsmittel (Fabriken und Maschinen, Bergwerke und Güter, usw.) in den Händen von Privateigentümern sind, denen die Produktion nur als Mittel zur Erzielung von Profit dient. Nur die Umwandlung des Privateigentums in Gemein-Eigentum, die Umstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die kommunistische Bedarfswirtschaft, kann daher als einziges Ziel der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiterbewegung gelten. — Bei dieser kommunistischen Umwälzung der Gesellschaftsordnung wird die Arbeiterklasse nicht nur die Klasse der Kapitalisten gegen sich haben; der Abschaffung des Privateigentums werden sich auch die Klassen zur Wehr setzen, die zwar wirtschaftlich annähernd oder genau so schlecht dastehen wie das Proletariat — aber doch Privateigentum besitzen: Handwerker, Bauern usw.

Trägerin der proletarischen Revolution kann daher nur die Klasse sein, deren Glieder nicht weiter besitzen als ihre Arbeitskraft: das Proletariat. Karl Marx hat diese Erkenntnis so formuliert: „Die Befreiung d. Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Um das Privateigentum abzuschaffen und in Gemeineigentum umzuwandeln, um die Warenwirtschaft in die Bedarfswirtschaft umzugestalten, um aus der in Klassen gespaltenen Menschheit die Gesellschaft freier und gleicher Produzenten zu schaffen, wird die Arbeiterklasse über die übrigen Klassen eine Diktatur ausüben gezwungen sein. Die „Diktatur des Proletariats“ ist aber nicht irgendwelche „Arbeiterregierung“ (à la Macdonald), sie wird ausgeübt durch die Arbeiterklasse verantwortlichen jederzeit abberufbaren Räte.

Dieses hier gesagte gehört zum ABC jedes marxistisch denkenden Proleten. Was aber soll für eine Zielstellung bedeuten die „Arbeiter- und Bauernregierung“? Offenbar hat diese Parole nur einen Zweck und Sinn: durch Dummenfang bei den Wahlen einige Abgeordnete mehr ins Parlament hineinzuzumögen. Die „Arbeiter- und Bauernregierung“ den zum Kampf bereiten Proletariats als Ziel voranzusetzen bedeutet, daß die KPD, die kommunistische Revolution vor der Tagesordnung abgesetzt hat, sich von der Vorbereitung der proletarischen Revolution endgültig abgewandt und dem Reformismus und Parlamentarismus in die Arme geworfen hat.

Eine falsche Zielstellung kann aus zwei Ursachen entspringen: entweder betrügen Personen oder Organisationen die Massen, um sich Vorteile zu verschaffen oder man irrt sich, verkennt Tatsachen. Das letztere für diesen Fall vorausgesetzt würde bedeuten; die KPD hält augenblicklich eine Diktatur des Proletariats für undurchführbar, man muß deshalb dieses Ziel aufgeben und die „Arbeiter- und Bauernregierung“ propagieren.

Es gilt also zu untersuchen: ist die Arbeiterklasse in Westeuropa und Amerika stark genug, die Diktatur durchzuführen über alle Privateigentümer — auch über die Bauern — oder ist sie diesen gegenüber zu Konzessionen gezwungen (wie in Rußland), muß also an die Stelle der Diktatur des Proletariats eine Mißgeburt von Staatskapitalismus und Kulakenwirtschaft treten?

Betrachten wir zu diesem Zwecke den Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtheit der Erwerbstätigen in den entscheidenden Staaten Europas! In Rußland stehen nur 14% der Erwerbstätigen als Proletariat gegenüber anderen Erwerbstätigen (Bauern, Handwerkern usw.); in Frankreich 48%; in Deutschland 57%; und in England beträgt das Proletariat sogar 78% aller Erwerbstätigen. Die zahlenmäßige Ueberlegenheit des Proletariats in Westeuropa liegt klar auf der Hand. Aber noch ein anderer wichtiger Umstand ist in Betracht zu ziehen: der Unterschied zwischen dem russischen Bauern und dem westeuropäischen Landwirt in ihrer Produktionsweise.

Der russische Bauer war ein Eigen-Produzent. Seine Wirtschaft war eine isolierte Insel, in der der Kreislauf der Produktion anfing und sich auflöste. Nur

## Besinnung

Wenn Sozis, Nazis, Kommunisten röcheln, Das Messer in den Wanst sich rennen, Dann werden ihre fetten Bonzen lächeln, Weil sie ja ihre Schäfchen kennen.

Bürgertheorien halten Euch im Wahne Feind zu sein und Gegner jedem andern. Ihr seht nicht Brüder unter andrer Fahne — Ihr wollt nur schafgleich hinter Bonzen wandern.

Stellt Eure Fahnen in die nächste Ecke, Werft die Uniform in eine Rumpelkammer. Soldatenspieler! für unsere Zwecke? Weg mit dem Fellezart in unserm Jammer.

Da könnt ihr tausendmal die Stirne runzein, Die Fauste zeigen oder Hitlergrüße machen, Wenn an den Fenstern satte Bürger schmunzeln Und auf der Straße grüne „Ordnungshüter“ lachen.

Aber auf Stempelmärkten, in Betrieben, Seid ihr doch alle unterdrückte Klasse. Warum durch die Parteien so zerrieben? Warum so engstirnig im Bruderhasse?

Parteien „sammeln“ uns, um zu zersplittern Und um das Hirn uns zu verammeln. Parteien trennen uns mit hohen Glittern - Wann werden wir uns selber sammeln??

einen verschwindend kleinen Bruchteil seiner Erzeugnisse brachte er als Ware auf den Markt. Seine primitiven Produktionsmittel waren Erzeugnisse seiner eigenen Wirtschaft. Seine Nahrung und Kleidung stellte er aus seinen eigenen Erzeugnissen her. Daher konnte er seditenmäßig auf alle ihm unpassenden Dekrete und Beschlüsse der russischen Arbeiter-Räte und der Bolschewiki greifen. Diese hatten keine Machtmittel, ihren Willen durchzusetzen. Nicht die Bauern Rußlands waren vom Proletariat abhängig, sondern umgekehrt das Industrieproletariat von der Bauernschaft. Und weil diese überdies noch die überwiegende Mehrheit im Staate hatten, siegte die Privatwirtschaft der Bauern über den Kommunismus des Industrieproletariats in Rußland.

Anders liegen die Dinge in Westeuropa, in Amerika, in Australien. Hier springt ein wichtiges Moment in die Augen: die Spezialisierung in der landwirtschaftlichen Produktion. Hier produziert der Landwirt auf seinem Grundstück ausschließlich oder überwiegend ein bestimmtes Produkt: Milch, oder Korn, oder Gelligell, oder Obst, oder Gemüse. Dieses bestimmte Produkt bringt er als Ware auf den Markt, um es zu verkaufen, um für das Geld die Lebensgüter für seinen Bedarf einzudecken. Es ist dem einzelnen Landwirt unmöglich, sich aus der komplizierten Warenwirtschaft zu isolieren.

Dazu kommt folgendes: Der Ertrag hängt nicht nur von der Größe des Besitzes ab, sondern hauptsächlich davon, wie man den Boden bearbeitet und düngt. Mit Notwendigkeit braucht hier die Landwirtschaft in immer größerem Maße Maschinen und Düngemittel aus der Industrie.

Es ist hier nicht der Platz, alles dieses detaillierter zu behandeln. Wir weisen für diesen Zweck auf die Broschüre hin: „Entwicklungslinien in der Landwirt-

schaft“, herausgegeben von der „Gruppe internationaler Kommunisten in Holland“. Wertvolles Zahlen- und Tatsachennaterial ist hier zusammengetragen und verarbeitet worden. Material, das die Verbundenheit der Landwirtschaft mit der Industrie, ja die Abhängigkeit der ersteren von der letzteren zeigt. Wenn man dazu noch in Betracht zieht, die zahlenmäßige Ueberlegenheit des außerrussischen Proletariats über die Landwirtschaft, die ideologische Reife des Landproletariats hier (infolge der industriell betriebenen landwirtschaftlichen Produktion), dann wird der reaktionäre Charakter der Parole klar: „Arbeiter- und Bauernregierung“.

Das klassenbewußte, marxistische Proletariat hat keinen Grund, sich von irgendwelchen „Stalinisten“ oder „Leninisten“, die über spezifisch russische Verhältnisse nicht hinaussehen können, sich in starre Dogmen einschließen zu lassen. Der Kampf des Weltproletariats lautet heute und morgen:

Es lebe die proletarische Revolution in Stadt und Land!

Für Industrie und Landwirtschaft gibt es nur das eine gleiche Ziel:

**Alle Macht den Arbeiter-Räten!**

## Da haben wir den alten Leierten!

Von einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung ab kann das kapitalistische Wirtschaftssystem nur noch weiter existieren durch lawinenartig anwachsendes Elend der Arbeiterklasse.

Es wird mit der Zeit unmöglich, diese ins Unerträgliche steigende Not durch parlamentarische Regierungsmethoden am Boden zu halten. Man muß durch „Notverordnungen“ das Hungern und Verhungern dreier Proletariatsmassen diktieren.

Die Regierung Brüning hat in dieser Hinsicht in Deutschland Gewaltiges, Unglaubliches geleistet. Das ist aber der Fluch der Todeskrise des Kapitalismus: jede Maßnahme die zur Sicherung des Profits dienen soll, schränkt gleichzeitig die Profitmöglichkeiten ein; jedes Gesetz, daß die Not am Boden festdrücken soll, vergrößert gesetzmäßig die Not. Auch Brüning der jahrelang in Notverordnungen machte, scheint dieses eingesehen zu haben.

In der naiven Hoffnung, daß vielleicht doch ein anderer Weg zur Erhaltung des Kapitalismus einzuschlagen möglich wäre, hatte er Vertreter sämtlicher Interessenten und Nutznießer des Kapitalismus — wozu natürlich auch die Gewerkschaftsbesitzer gehören — zusammengerufen, um ihren Rat einzuholen.

Nach wochenlangem Hin- und Herreden unter dem Präsidium eines Menschen, der seit seiner Schulzeit kein wissenschaftliches Buch angesehen hat, — gab dieser Wirtschaftsbeirat das Ergebnis seiner Beratungen bekannt. Nun wird Brüning die neue Not dem Proletariat wieder verordnen müssen; denn aus dem ganzen wortreichen „Beratungsergebnis“ ist nur ein einziger Satz von unzweideutiger Gesundheit:

„Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich.“

Man redet wohl auch von Preis-Senkung, meint aber, daß eine systematische Aufhebung der Preisbindungen nicht gut ist, ebensowenig eine gleichmäßige prozentuale Preissenkung für alle Waren.

Ebenfalls in der Sozialpolitik ist man ziemlich deutlich:

man wird die Invaliden- und Unfallversicherung reformieren, d. h. so ziemlich ganz abschaffen.

Alles andere ist undurchsichtiges, zweideutiges Gerede. Nur meinte man noch, den Gewerkschaften günstig das Recht zu belassen, Tarifverträge abzuzuschließen.

Hier abtrennen

## Bestellzettel

An das Postamt

schließen, die Schlichter aber anzuweisen, möglichst kurze Fristen für Tarifverträge festzusetzen.

Indem man den Gewerkschaften noch weitere Existenzmöglichkeiten. Man weiß, daß der Dank der Bonzen nicht ausbleiben wird: „Dienst um Dienst“.

Um den dummen Proleten Sand in die Augen zu streuen, mimen die Bonzen Entrüstung über die neue Not, die verordnet wird. Sie tun sogar so, als ob sie protestartig den Wirtschaftsbeirat verlassen hätten. Demgegenüber weist die bürgerliche Presse nach, daß alles in Frieden und Eintracht beisammen war. Und die „Erklärung der Gewerkschaftsvertreter“ ist nicht dort (im Wirtschaftsbeirat) abzugeben worden, sondern im „Vorwärts“ gedruckt; für die dummgläubigen Mitglieder.

Der „Vorwärts“ entrüstet sich und bezeichnet eine neue Aktion zur Senkung der Reallohne als Sinnlosigkeit und Barbarei. Die „Börsen-Zeitung“ belehrt ihn: „noch immer habe man es nicht begriffen, daß es sich in erster Linie darum handelt, durch Senkung der Gestehungskosten, die Spanne zwischen Kosten und Erlös zu erweitern und so der Wirtschaft wieder zur Rentabilität zu verhelfen“.

Da haben wir es deutlich genug: Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktion ist Rentabilität und Profit. Für die Gegenwart und Zukunft ist die Erzielung der „Rentabilität“ nur noch möglich durch Senkung der Gestehungskosten oder Löhne.

Es ist der alte Leierton der kapitalistischen Weisheit; das A und O kapitalistischer Produktion — auch wenn dieser Weg in „Sinnlosigkeit“ und „Barbarei“ führt. — Merkt euch das, ihr Herren vom „Vorwärts“!

Nun führt aber bekanntlich jedes Senken der Löhne zur Verringerung der Kaufkraft, zur Steigerung des Absatzmangels, zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes und infolge dessen zur Notwendigkeit für die Kapitalisten — die Löhne weiter zu senken.

Klar liegt die Entscheidung vor der Arbeiterklasse:

**Aufstieg zum Kommunismus**  
oder:  
**Untergang in die Barbarei!**

Gewerkschaftsvertreter in Wirtschaftsämtern; — sie können wohl dem Kapital Fingerzeige zur Vermeidung anstößiger Ecken und Kanten geben; (Man nennt das „Handlungen an verhängnisvoller, beunruhigender Bedeutung; Radikalisierung der Massen“ usw.)

Parteien und Gewerkschaften; — sie können ihn wohl verlangsamen, aber nicht aufhalten: den Untergang in die Barbarei. —

Will das Proletariat aber den anderen Weg gehen, den Weg zum Kommunismus, muß es Parteien und Gewerkschaften den Rücken kehren; muß in Betrieben, auf Wohlfahrtsämtern und an Arbeitsnachweisen die proletarische Revolution organisieren.

## Proletariat! — Ihr werdet gefoppt und genarrt!

Man denke zurück an die Kriegsjahre. — Auf dem Altar des Profits wurden Millionen von Proletariern hingeschlachtet. Proletariat „in der Blüte der Jahre, in der Fülle der Kraft“. Und in der Heimat hungerten Frauen und Kinder, verhungerten Witwen und Waisen.

Man erinnere sich aber auch der Zeitungen in dieser Mordezeit. Fieberhaft arbeitete diese Jahre der raffinierte Presse-Apparat. Seine Aufgabe bestand darin, die „Helden“-Stimmung unter erforderlichem Hochdruck zu halten. Dazu gehörten Lügen von

Hier abtrennen

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

## SPARTAKUS

zum Bezugspreise von 90 Pfg. vierteljährlich 1929  
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau, Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1931  
Bezugsgehalt ist von mir zu erheben.

Name \_\_\_\_\_ Ort u. Zustellungsapostamt \_\_\_\_\_

Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_

Brunnenvergiftungen und Kosakengreueln, von Goldautos und Fliegerüberfällen. Dazu brauchte man Meldungen über „neue Siege“, über den erfolgreichen U-Boot-Krieg und Heldenstücke der „Emden“. Jede neue Kriegsanleihe war „der letzte Hieb“.

Für den von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag wachsenden Hunger des Proletariats hatte man ein besonders warmes Herz. Nicht nur blödsinnige Utopien, etwa der Art, daß deutsche U-Boote Lebensmittel von Amerika herüberbringen werden. Unter der Leitung von prominenten Wissenschaftlern schiederte das Kriegsernährungsamt Tag für Tag Millionen von Flugschriften heraus. Mit Rezepten für die Kriegsküche; mit Beweisen, daß Holz ebenso nährt wie Korn, und daß ausgiebiges Fauchen besser ist als vieles Essen. Daß man erst nach langen Jahren zum Bewußtsein der beleidigenden Lächerlichkeit und ekelhaften Gemeinheit all dieser Berühmtheits-Methoden kam. — Das ist das Werk der Presse; der Presse von „Vorwärts“ bis zum „Lokalanzeiger“.

In der Etappe lebten Generale und Offiziere in Wohlstand und Schwelgerei. Einen kleinen Einblick in eine „Etappe“ des Kapitalismus gewährt der Sklarek-Prözeß. Die Bürgermeister und Stadträte (auch die Mitglieder der KPD.) sollten hunderte von Flaschen Sekt und fraßen die Austern schockweise — zynisch erzählten es die Sklareks vor Gericht — während die Proletariat vor Hunger verreckte.

Die Kriegszeitungen beruhigten und beschwichtigten auch die Zeitungen der Gewerkschaften und Arbeiter-Parteien. — Heute ist dasselbe der Fall. Ist eine Wirtschafts-Konferenz ergebnislos verlaufen, beginnt man Hoffnungen auf die nächste zu machen. Hoover-Plan und Weihnachts-Sammlung, — es sind alles Mittel, dem Proletariat Hoffnungen zu erwecken, von der einzigen Lösung der Krise abzulenken:

der proletarischen Revolution!

Würdig reißt sich fast die gesamte „Arbeiter“-Presse in diese Verdummungsarbeit ein. Die Zeitungen der Sozialdemokraten taseln von „vorübergehender Wirtschaftskrise“.

Die Presse Moskauer gibt die Schuld dem Versailler Friedensvertrag, dem Verrat der Sozialfaschisten und der Böswilligkeit der Kapitalisten.

In der Zeit des Völkermordens wies „Spartakus“ allein den einzig gangbaren Weg aus Tod und Hunger. Spartakus handelt nicht um größere Wochen-Portionen, forderte nicht Bestrafung der prassenden Kriegsgewinner und richtete nicht an die Militär-Kameralisten Resolutionen, um baldige Beendigung des Krieges. Spartakus propagierte den Arbeiter- und Soldatenmassen; in ihrer Hand liegt es, den Krieg sofort zu beenden, indem ihr eure Waffen gegen die Mächtigen von heute richtet!

Spartakus ist auch heute das Gewissen und der Wegweiser der proletarischen Revolution.

Immer und unermüdlich zut er der Arbeiterklasse zu; wolle ihr nicht in Elend und Hunger untergehen, so organisiert die proletarische Revolution.

## Gewerkschaftsführer als Beisitzer im Lohnabbau- komitee der Schwerindustrie

In Nr. 22 des „Spartakus“ wiesen wir bereits darauf hin, daß der Wirtschaftsbeirat in seinen Ausschüssen zu weiter keinem positiven Schluß kommen könnte, als zu der Beschlußfassung einer neuen Lohnabbau-offensive.

Die Ausschüsse haben getagt, der Wirtschaftsbeirat, die Dreieinigkeits-Gewerkschaftsböden, Schlotbarone und Reichsregierung sind sich darin einig geworden, was wir bereits vor vier Wochen andeuteten. Die Tagungen der Ausschüsse, außer des Ausschusses für Lohnsenkungen, waren überflüssig. Sie haben zwar Programme aufgestellt, Programme, die im kapitalistischen System nicht gelöst werden können, bei deren Durchsicht jedem Einsichtigen klar wird, daß der Lohnabbau durch noch andere Mittel schmackhaft gemacht werden soll.

Ist man sich klar darüber geworden, daß die Löhne und Gehälter radikal abgebaut werden müssen, so hat man bei der Preisbildung sich den Weg offen gelassen. Ja, die Landwirtschaft, die jährlich Milliarden aus den Knochen der Proleten auspreßt, die ständig dafür sorgt, daß sie genügend aus dem großen Reichsäckel heraushehlen kann, sie hat von vornherein darauf hingewiesen, daß ihre Preise in weiterem Ausmaß unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Wie ein Hohn auf die Preissenkung spricht die Erhöhung der Umsatzsteuer. Dieses spricht deutlich genug für Preiserhöhungen.

Und dann folgt eine lange Reihe von frommen Wünschen, die man von vornherein ad acta legen kann. Im Mittelpunkt all dieser Fragen steht das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft. Jawohl, zur deut-

schen Wirtschaft, die täglich 15000 Proleten auf das demokratische Pfister wirft, zur deutschen Wirtschaft, die Milliarden verpulvert, ganz gleich, ob Industrie oder Landwirtschaft, zur deutschen Wirtschaft, die auf der Privateigentumsordnung beruht und durch der ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeit, d. h. durch einen weiteren Abbau ihrer Werte kein Vertrauen, sondern ein größeres Mißtrauen, und nicht nur im Ausland, sondern auch bei den Proletariern erweckt.

Senkung der Zinssätze, Abbau der Mieten, Abbau der Tarife, ach wie schön das alles klingt. Senkung der Zinssätze — sie wird umschlagen in Erhöhung der Diskonssätze; Herabsetzung der öffentlichen Tarife — lächerlich! Beim weiteren Sinken der Produktionsmasse, bei weiterer Arbeitslosigkeit tritt eine Verfeuerung der Selbstkosten ein. Herabsetzung der Mieten? Durch Zwangswirtschaft? Nein, durch Abbau der Wohnungswirtschaft. Ja, hier punkt der Wirtschaftsbeirat Dialektik. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft heißt bei Wohnungsmangel: Erhöhung der Mieten. Sie schreien von Senkung! Senkung! Senkung! und die Folge davon sind Erhöhungen! Erhöhungen! Erhöhungen! Nur eins wird gesenkt: die Löhne! Um dieses Geld unterzubringen, hat man an die notleidende Landwirtschaft gedacht. Die Sicherung der Ernte im Ostholstein bedarf einer besonderen Sorgfalt. Bei den Arbeitern wird abgebaut — die Krautbarone bekommen Millionen, das ist der tiefere Sinn des Wirtschaftsbeirates. Im Kampf gegen die bis zum Weißbluten ausgepowerten Proletariat sind sich Bonzen und Unternehmer einig. Wenn auch im Wirtschaftsbeirat keine volle Einigkeit herrschte, so ändert das nichts an seiner Grundtendenz. Verliehen die Vertreter der rheinischen Landwirtschaft die Sitzung, so nicht deshalb, weil den Proleten der Hungerriemen nicht genug gezogen wurde, sondern weil sie sich über die Verteilung der Millionen nicht einig werden konnten.

Den Herren Gewerkschaftsböden blieb alles ganz gleichgültig; denn sie waren nur als Statisten dort. Wagt auch nur einer einen kleinen Einspruch (40-Stunden-Woche) so blieb es auch nur hierbei. Der Wirtschaftsbeirat ist sich einig. Sein Programm lautet Lohnabbau! Lohnabbau! Lohnabbau! Was sich hier abgespielt hat, kann nicht anders bezeichnet werden als:

Der große Betrug.

Die Genossen der Allgemeinen Arbeiter-Union ersuchen uns folgendes

## Verbot

Der Polizeipräsident Berlin, den 24. November 1931

Auf Grund der §§ 1 Nr. 1 und 2 und 12 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 24. März 1931 (RGBl. S. 79) sowie des § 2 Absatz 1 der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931

verbiete ich die in Berlin erscheinende periodische Zeitschrift „Der Kampf“ einschließlich der Kopfbilder mit sofortiger Wirkung bis zum

24. Februar 1932.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich, zur Beschleunigung der Angelegenheit die Beschwerde in 5-facher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

Die Nr. 29 des Jahrgang 12 (November 1931) der Zeitschrift „Der Kampf“ enthält im letzten Absatz des Artikels „Mit Kerker und Kugel“ eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung von Mitgliedern der Reichsregierung (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 a.a.O.) Weiter wird in der Aufforderung zum ungesetzlichen Kampfe, Massenstreik, Generalaufruf mit dem Ziel der Rätediktatur ein Vorstoß gegen § 86 des StrGB. erblickt und durch die Verbreitung der Zeitschrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Das Verbot gemäß § 12 Absatz 2 a.a.O. ist hiernach gerechtfertigt.

Die Prüfung der Angelegenheit ergab, daß der erstrebte Zweck durch eine Verwarnung oder amtliche Entgegung nicht erreicht werden kann.

gez. Grzesinski.

## Gelesene Nummern des Spartakus

wegwerfen, heißt, dem Klassenbruder wertvolles Erkenntnismaterial unterschlagen!

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche  
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 1 \* 7. Jahrgang

12. Jahrgang der „Einheitsfront“

# SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES  
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3.

Erste Januar-Nr. 1932

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postscheckkonto Dresden Nr. 32722

## Ein Jahr Notverordnungen

1931 ist mit Hilfe des von Brüning notverordneten Weihnachtsfriedens zu Ende gegangen. Aller Jahrmärkte-Trubel, der die Jahre vorher die Krisen überschatteten sollte, hat dieses Jahr zu Weißwägen und zu Silvesternicht einmal schwach aufflackern können. Die Barbarei-Erscheinungen, die endlose, die Kaukrat der breiten Massen zersetzende Krise, das gewaltige Anwachsen des Hungerheeres, die Angst des süßen Bürgerums vor den Hungernden und Friedlosen — — — aber leider noch nicht revolutionäre Massen — — — die revolutionsschwangere Zukunft haben keinen Hoffnungsstrahl durchschimmern lassen.

Der Niederschlag auf die Jahre der Konjunktur, die künstlich, durch neborges Geld aus dem Ausland gemacht wurde, hält vorläufig noch an. Wir haben in den Jahren 1924—1929 immer darauf hingewiesen, daß diese Scheinkonjunktur keine Lebenskraft hat, sondern nur nationale Kapitalgruppen vermittels Rationalisierung der Betriebe, konkurrenzfähiger zu sein, um den Weltmarkt zu erobern, ein sinnloses Beginnen sei.

Je schneller der Kapitalismus seinem Untergang entgegengeht, um so grausamer sind die Auswirkungen der Krise. Wir müssen über den Pöppel der kapitalistischen Verschwendungs- und Großmannsicht hinwegsehen, um das wahre Gesicht der herrschenden Klasse erkennen zu können. Die Prachtbauten von Verwaltungsstellen, die Errichtung technisch moderner Industrieanlagen, das mörderisch laufende Band und die Stoppuhr — sie kennzeichnen, daß aus dem Kulleben der deutschen Proleten Millionen, ja Milliarden herauszuwischen sind. Die einstige Arbeitshierarchie, der Fabrikprolet, hat in kürzester Zeit unermesslichen für den Abbau einer verrottenen Wirtschaft geleistet. Mit seiner ganzen Kraft hat er sich eingesetzt, um die Wirtschaft anzukurbeln, um mit der Sozialdemokratie den bankrotten Kapitalismus wieder aufzubauen, und er sieht heute, daß sein Abbau die Gesetzmäßigkeit in sich trug, eine neue, eine größere Krise vorzubereiten.

Ein Rückblick auf das Jahr 1931 zeigt uns ein Jahr der Reaktion. Notverordnungen über Notverordnungen haben das Proletariat immer mehr geknebelt und geknechtet. Es war ein Jahr des verfallenen und unausgesprochenen Belagerungszustandes. Die Bourgeoisie weiß, daß, wenn das Proletariat, wenn die revolutionären Arbeiterorganisationen zur Illegalität verdammt sind, daß dann die Propaganda für das Klassenbewußtsein mit dem Fortschreiten der Krise nicht Gleichschritt hält. Umso mehr kann aber unter der demokratischen Regierungsohne die Konterrevolution Fuß fassen.

Wenn auch die verzweifelnde Konterrevolution von dem Sturmwind der Krise hin- und hergeschleudert wird und ökonomisch die Krise nicht zu bannen vermag, so ist sie doch eine politische Bewegung, deren Aktivität durch die Unterstützung sämtlicher Staatsorgane noch gefördert wird. Dadurch, daß der Kapitalismus die ungesetzlichen Handlungen der Nazi — immer gegen das Proletariat gerichtet waren — nicht sühnte, hatte die Programmschaltung gegen den Marxismus freien Lauf, und wurde die reaktionärste der nationalen Phrasen, Programm der geschichtlich zum Untergang verdamnten Schichten. Diese Bewegung kam der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse sehr gelegen, da die Klassenkämpfe — wenn auch latent — sich sehr zugespitzt hatten. Aus diesem Grunde hat die Klassenjustiz noch nie so offen ihren Klassencharakter enthüllt als im Jahre 1931. Die Freisprüche oder die sehr geringen Strafen der angeklagten hitlerischen Mordbanditen gab zu erkennen,

daß es für die Bourgeoisie nur einen Hauptfeind gibt, den Kommunismus. Nie — nie — durfte deshalb gegen die Hitlererben ein hartes Urteil gefällt werden, es hätte die Einheitsfront gegen den Kommunismus trüben können.

Alle Versuche, den Profit weiterhin zu sichern, waren vergebens. Das Gleichgewicht der Produktion und Konsumtion wird auf höherer Stufenleiter der Rationalisierung immer häufiger gestört. Es waren nicht nur 5 Millionen Erwerbslose, die die Friedlosigkeit der Produktion störten, es waren die über-sättigten Lager, die aufgeschichtete Ueberproduktion, die trotz langanhaltender Einschränkung der Produktion sich nicht leerten. —

Die Löhne waren im Vergleich zu der Herstellung der Waren derart tief gesunken, daß selbst bei größtem Luxus der Bourgeoisie die Kaukrat zu gering blieb, um die Lagerbestände aufzuzehren.

Die Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Proletariat verschärften sich bei der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise zusehends. Die nationale Reaktion, der Ruf des „Deutschland erwache“ wirkte bei der internationalen Wirtschaftsverflechtung lächerlich. Je mehr die Worte geröhrt wurden und der Singsang „Juda verrecke“ und „Nieder mit dem Youngplan“ die Hirne der Proleten von wirklichen Klassenkampf abblenden sollten, umso mehr schlossen sich die Fabrikare, sank der Lohn, ging die Pleite durch das Land, wuchs das Arbeitslosenheer. Die Aktivität dieser entworfenen Kleinbürgerschichten konnte störungsgesetzlich die immanente Zerkämpfung. Sie konnte sich nur in bestialischer Art und Weise auf dem Kurstordstamm gegen einzelne Juden austoben.

Der richtige und ziellose Kampf war nicht nur bei den Massen, sondern besonders bei der Führung der nationalen Opposition die Politik des Tages. Da sie keine Klassenpolitik zu verteidigen hatte, und ihre Bewegung die der Trommler und nicht der Führer war, mußte die Führung eine größen-schächten, trotz der Braunschweiger Mordtaten, trotzdem die Naziregierung die Nebenregierung in Deutschland ist, eigene Flugzeugparks besitzt, und mit ihren diplomatischen Corps Außenpolitik betreibt, ist und bleibt diese Bewegung eine Bewegung der Systemlosigkeit. Zwar kneit die Führung, will sie es nicht wahr haben, daß ihr Wissen und Wollen Traumbilder sind. In seinen Gekrakens richtet Hitler ein langatmiges „Offenes Schreiben“ an Brüning, welches vorher von seinen Geldgebern, den Schwerindustriellen Thyssen und Glöckner, zensiert worden ist. Nicht nur Frau Quantz geb. Friedländer, eine Dame der jüdischen Hochfinanz, und Herr Hitler wettet gegen das kapitalistische Frankreich in dem Augenblick der Umzugsbestrebungen der deutschen und französischen Schwerindustrie — trotzdem bei diesen Verhandlungen die Schlotbarone von Ruhr und Rhein als politische Sicherheit auf die Hitlerbewegung hinweisen. Diese Verwirrtheit liegt nicht nur in der Hitlerpartei, es ist das untergehende kapitalistische Deutschland, das hier spricht.

Brüning verstand es immer wieder, trotz der scharf einschneidenden Notverordnung durch diesen Verhandlungen zu sichern. Der leiseste Protest der Sozialdemokratie wurde von Brüning mit dem Lieblingsspruch der Nationalsozialisten und eine evtl. Koalition Brüning—Groener—Hitler beantwortet. Die Sozialdemokratie kniff und tolerierte weiter. Ihre enge Ver-

bundenheit mit dem Kapitalismus hat sie schon bitter bezahlen müssen. Trotz der Danat- und Dresdner Bank-Kräche, trotz der Skandale Favag, Lahusen usw. trotzdem jeden Tag die kapitalistische System, unterstützt sie den Siegeszug Hitlers, der nicht nur mit Notverordnungen, sondern mit Blutverordnungen das Proletariat in diesem Jahre an die Kandare nehmen wird.

Freilich ist die Front Hitler—Breitscheid seit 1918 der Sturm- und Stoßtrupp des heutigen Systems. Einig sind sie in dem nationalen Kampf gegen die Reparationslasten. Schon immer rannten sie mit der nationalen Phrase gegen die Internationale des Proletariats an. Sie blieben nicht allein. Die KPD, die Sektion der III. Internationale, die einzige Arbeiterpartei, sie hat trotz der Weltkrise, trotzdem sie weiß, daß außer den 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland, in Amerika 8—10 Millionen, in Frankreich fast 3 Millionen und daß es in England ebenfalls 3 Millionen Erwerbslose gibt — trotzdem sie weiß, daß die Siegerstaaten ohne Reparationszahlungen ebenso gewagt von der Krise geschüttelt werden wie die Schuldnerländer, an ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ festgehalten. Ja, sie hat dem Proletariat weiterhin die nationale und kapitalistische Ideologie durch ihr Pressegilt eingeimpft. Sie schuf ein Arbeiterschulungsprogramm von echt staatskapitalistischem Geist. Sie schuf ein Bauernhilfsprogramm, sie preist sich als die einzige Partei an, die den Kleinbauern helfen könne. Beides nicht dadurch, daß sie Landstrecker zur Kommune, zum Gemeineigentum macht, sie bedient sich der von Lenin im Jahre 1917 nach der Machtergreifung revidierten Methode, daß die den landarmen Bauern Land geben müsse. Sie will nicht die Abschaffung des Privateigentums, sondern eine gerechtere Verteilung desselben unter der Landbevölkerung. Diese antikommunistische Methode fand schon 1917 die schärfste Kritik durch Rosa Luxemburg.

Und die 5 Millionen Erwerbslosen, die jahrelang an die Parolen der KPD, glaubten und dafür auf die Straße gingen. Die nicht müde wurden im Rufen der KPD-Parolen, wie „Wir wollen Arbeit und Brot“. Die im Anfang des letzten Jahres es noch ernst nahmen, daß durch 40-Stunden-Woche, durch 7-Stunden-Tag, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereiht würden, doch sie haben schnell gelernt, daß sie für Illusionen gekämpft haben. Sie haben lernen müssen, daß die Schote der Fabriken nicht mehr rauchen, daß ihre Unterstützungszüsse weiter abge- „ant werde“, sie haben das Hoffen verlernt und stehen vorläufig resigniert beiseite.

Und die RGO? Dieser Gewerkschaftersatz? Sie hat keine Lohnkämpfe führen können. Doch wo sie die Notstandsarbeiter herausholte und den Kampf aufnahm, da brach der Streik nach wenigen Tagen erfolglos zusammen. Sie war trotz ihrer hunderttausende von Mitgliedern unfähig, den Kampf der Lohnsklaven zu führen. Die 3 Millionen, die im November und Dezember im Lohnstreik standen, sie kamen nicht einmal in Bewegung, ihr Lohn wurde dadurch, daß die Bourgeoisie jeden Lohnkampf durch gesetzliche Maßnahmen nicht zum Streikausbruch kommen läßt, abgebaut.

Und die neue, die vierte Notverordnung, die am 8. Dezember von Brüning verabschiedet wurde. Sie konnte deshalb, weil die KPD, die breite Masse jahrelang zum falschen Klassenbewußtsein erzogen hat, nicht durch den geinten Kampfwillen des Proletariats, durch den Massenstreik — der nur geführt werden kann durch die in den Betrieben errichteten Aktionsausschüsse und mit der Parole: „Sturz der kapitalistischen Gesellschaft“ — in den Orkus verschwinden. Es ist kein Vergnügen, Rückschau zu halten, und bekennen zu müssen, daß die organisatorischen und ideologischen Vorbedingungen zum Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem im Proletariat noch nicht vorhanden sind.